



Band 10. Ein Deutschland in Europa 1989 – 2009
Proteste in Ostdeutschland (22. August 2004)

Anlässlich der Einführung einer weiteren Stufe der Reform des Arbeitsmarktes (Hartz IV) wurden in vielen Teilen Ostdeutschlands Montagsdemonstrationen organisiert, die weit mehr Demonstranten auf die Straße bringen als im Westen. Die Gründe, so die Journalistin, seien in den unbewältigten Problemen der Vergangenheit und in der fehlenden wirtschaftlichen Perspektive für die Zukunft zu sehen.

Aufstand Ost

Es brodelt in den neuen Ländern. Der Aufbau Ost stockt. Viele Menschen fühlen sich als Verlierer, denen nun auch noch der soziale Schutz genommen wird. Woche für Woche wächst der Zulauf zu den Demonstrationen – aber auch zu den radikalen Parteien links und rechts. Größter Gewinner der Unruhe ist die PDS.

Rainer Roth ist ein Ossi. Eigentlich darf es in diesen Tagen sogar heißen: Rainer Roth empfindet sich als waschechter Ossi. Arbeitslos, Hartz-IV-Gegner, Montagsdemonstrant. Aufgewachsen in einem Land, das es nicht mehr gibt. Noch vor ein paar Wochen hätte er das nicht betonen müssen. Dann kam der Zorn über die Arbeitsmarktreform, und jetzt strömen die Menschen an jedem Montag zu tausenden auf die Straßen, um gegen die Regierung zu demonstrieren. „Es ist katastrophal, dass wir im Osten 14 Jahre nach der Einheit so ignoriert werden“, sagt Rainer Roth. „Ein Wessi kann das nicht verstehen.“

Im brandenburgischen Senftenberg, rund 140 Kilometer südöstlich von Berlin, hat Roth eine der ersten Montagsdemonstrationen organisiert – eine „Widerstandsgruppe formiert“, wie er selber sagt. Als er Ende Juli zum ersten Treffen lud, rechnete er mit einer Hand voll Teilnehmer. 150 Menschen drückten sich schließlich in die Bänke der Senftenberger Kirche. Die meisten wollten noch am gleichen Abend Plakate malen und hinaus auf die Straße.

Ihr Ziel ist klar: Hartz IV muss weg. Für den 2. August meldete die Gruppe die erste Demonstration an. Rund 1000 Teilnehmer strömten durch die 24 000-Seelen-Stadt. Zwei Wochen später zählte Roth schon 3000 Teilnehmer. „Und beim nächsten Mal werden es noch mehr sein“, sagt der 48-Jährige. „Das hat inzwischen Dimensionen erreicht, mit denen wir nicht gerechnet haben.“

Der Osten steht auf. Über 80 000 Menschen gingen in den neuen Ländern vergangenen Montag auf die Straße, um ihrer Wut über die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II Luft zu machen. Reichte es im Westen nur zu ein paar hundert Demonstranten hier und ein paar Dutzend dort, so organisieren Arbeitslosenverbände, Gewerkschafter und Globalisierungsgegner im Osten den geballten Widerstand.

Montagsdemonstrationen nennen sie ihre Aktion in Anlehnung an die Proteste im Wendejahr 1989. Dass es diesmal nicht um den Widerstand gegen eine Diktatur geht, sondern gegen ein Reformgesetz, stört sie nicht. „Der Osten brennt“, schreibt die *Super-Illu*.

So weit ist es noch nicht. Bisher veranstalten die Hartz-Gegner in Leipzig, Magdeburg, Berlin oder Senftenberg ihre friedlichen Demonstrationen unabhängig voneinander. Künftig wollen sie ihre Proteste abstimmen. Nächsten Samstag treffen sich die Aktivisten in Leipzig, um eine Strategie zu entwickeln. Sie dürften dann auch beraten, ob SPD-Abweichter Oskar Lafontaine am 30. August in Leipzig sprechen soll.

Viele Politiker sorgen sich eher um eine „Radikalisierung“ der neuen Länder. In Ostdeutschland seien die „Zweifel an der Wirkungsfähigkeit der Demokratie“ gewachsen, mahnt Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus. Andere berichten von einem „Gefühl der Zweitklassigkeit“ in den neuen Ländern, das durch die Sozialreformen verstärkt werde. Wie anders sollten die Bürger ein Gesetz werten, zu dessen Umsetzung ehemalige Post-Beamte aus dem Westen mit Busch-Prämien nach Halle oder Gera gelockt werden.

Doch es gibt auch Gegenstimmen: „Man muss den Menschen in Ostdeutschland sagen, dass Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft in schwierigen Zeiten noch mehr Mut und Eigenverantwortung fordern“, sagt Klaus von Dohnanyi, der den Gesprächskreis Ost der Bundesregierung leitet. „Wenn man die Proteste übertreibt, führt das irgendwann wieder dahin, wo die DDR hergekommen ist.“

Meinungsforscher stufen die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen am 19. September längst als Protestereignis ein. Krisengewinnler sind die Parteien am rechten und linken Rand. Sie können mit hohen Stimmenzuwächsen rechnen. Die Berliner Regierungspartei scheint auf jeden Fall abgemeldet. In Sachsen sehen jüngste Umfragen die SPD nur noch bei zehn bis zwölf Prozent. In Brandenburg muss die SPD fürchten, zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung ihre Mehrheit zu verlieren. Die PDS könnte mit 30 Prozent der Stimmen erstmals stärkste Partei in einem Bundesland werden. Die SED-Nachfolgepartei nutzt den Unmut am geschicktesten, etwa mit dem Plakat: „Hartz IV, das ist Armut per Gesetz“.

Bei den Demonstrationen mischen auch die extremen Rechten wie die DVU und die NPD mit. Auf selbst gemalten Plakaten wird in holprigen Reimen zum Sturz der Regierung aufgerufen. Doch auch mancher Funktionär verliert inzwischen jedes Maß. Thüringens DGB-Chef Frank Spieth etwa, der die Hartz-Reform mit dem Arbeitsdienst der Nationalsozialisten verglich. „Hier

wird, und ich sage das wirklich so knallhart, der Reichsarbeitsdienst im neuen Gewand eingeführt“, sagte er im Mitteldeutschen Rundfunk.

Eines haben die Demonstranten in Gera, Cottbus und Schwerin bereits erreicht. Auch Marktliberale weisen auf Härten der Reformen hin. So spricht Regierungsberater Bert Rürup von der „härtesten Sozialreform, die es je gab“. Zusätzliche Anreize für Arbeitslose, eine neue Beschäftigung aufzunehmen, würden nicht helfen, wenn es keine Stellen gebe. Dieses Problem werde sich vor allem im Osten zeigen.

Denn 14 Jahre nach der Wiedervereinigung hinken die neuen Länder noch immer hinterher. Seit 2001 schrumpft ihre Wirtschaftsleistung. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt weit unter West-Niveau. Thüringens CDU-Ministerpräsident Althaus sinniert, der Zusammenbruch ganzer Branchen nach der Wiedervereinigung und die hohe Arbeitslosigkeit machten viele Menschen schlicht „hoffnungslos“.

Dabei fehlt vielen nicht nur die Hoffnung auf die Zukunft, sondern auch ein Stück Vergangenheit, ein Stück Identität. 14 Jahre lang spielten die Ostdeutschen kaum eine Rolle in der Bundesrepublik. Nur kurz brach sich zu Beginn des neuen Jahrtausends eine Retro-Welle Bahn, die in den Kinosälen begann. Filme wie „Sonnenallee“ und „Good Bye, Lenin!“ erhoben die abgewickelte DDR zum Lebensstil. Aus Nostalgie wurde Zug um Zug Ostalgie.

„Viele Leute sagen heute, sie empfänden es als unerträglich, dass ihre Lebensläufe entwertet würden, obwohl sie mit der SED nie etwas zu tun hatten“, erzählt Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD). Das gelte auch für die öffentliche Entwertung alter Strukturen: Polikliniken, die inzwischen Ärztehäuser heißen, oder Kinderkrippen, die lange als sozialistische Übertreibung verspottet wurden. „Im Osten gibt es viele Wissenschaftler, Ärzte und Arbeiter, die mir sagen: Wir waren gar nicht blöd. Aber in Westdeutschland sagen mir die Menschen nur: Die im Osten kriegen gar nix hin“, sagt Platzeck. Und so erklärt er auch die heftigen Proteste: „Da bricht etwas heraus, was sich über Jahre angestaut hat.“

Zu spüren war dies bereits im Frühjahr, als der Aufbau Ost plötzlich zum Medienthema wurde. Eine Regierungskommission sei zu dem Ergebnis gekommen, der Aufbau Ost sei gescheitert, berichtete der „Spiegel“. Der unvorstellbare Betrag von 1250 Milliarden Euro sei seit der Wiedervereinigung von West nach Ost geflossen. Das Ergebnis sei gleich null. „Diese Diskussion war Gift für die Seele der Menschen in den neuen Ländern“, beklagt Manfred Stolpe (SPD), der zuständige Minister für den Aufbau Ost. Und Günter Nooke, CDU-Politiker und einst Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, meint: „Es gibt leider zu viele Menschen, die schon im Jahr 1990 die Einheit nicht wollten und sich jetzt über jede schlechte Nachricht freuen.“

In den Köpfen blieb nur eines hängen: „Ostdeutschland? Eine riesige Pleite“. In Wahrheit stellte die Kommission auch viele Erfolge seit der Wiedervereinigung heraus. „Das Wort ‚gescheitert‘ taucht in unserem Bericht gar nicht auf“, sagt Kommissions-Chef von Dohnanyi. Und noch heute

fragt er sich, wer die Behauptung von den 1250 Milliarden in die Welt gesetzt hat. Seine Kommission war es jedenfalls nicht.

Überhaupt wundert sich Dohnanyi über den Umgang mit der ostdeutschen Wirklichkeit. Der Hartz-Aufstand wäre vermeidbar gewesen. „Ich sage schon seit Jahren, dass wir in Ostdeutschland heftige Proteste bekommen werden, wenn man die Menschen belügt“, so Dohnanyi. Die Ostdeutschen seien „sehr vernünftig“. Sie hätten Offenheit und Ehrlichkeit verdient. „Weder die Regierung Kohl noch die jetzige Regierung haben den Menschen in Ostdeutschland aber die Wahrheit über die Situation gesagt“, sagt Dohnanyi.

Es sei absurd zu glauben, die neuen Länder würden schon in 15 Jahren auf dem Stand des Westens sein, wie es Stolpe gerade erst wieder prophezeit hat. „Wer so etwas sagt, kennt die Lage im Osten nicht“, hält Dohnanyi dem entgegen. Nötig seien echte Reformen. „Der Arzt muss dem Patienten die Wahrheit sagen, es sei denn, er hält ihn für todgeweiht. Der Osten ist chancenreich.“

Dort werden morgen wohl über hunderttausend Menschen demonstrieren. „Wir haben es satt, dass die Politiker Hartz IV immer herunterspielen“, sagt Rainer Roth. „Hartz IV muss weg.“ Aber es geht längst um mehr.

Mitarbeit: Jens Krüger

Quelle: Cornelia Schmergal, „Aufstand Ost“, *Welt am Sonntag*, 22. August 2004.